

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 17

Artikel: Die Wirtschaftsoffensive des COMECON (2) : Methoden des kommunistischen Marktes
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076437>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wirtschaftsoffensive des COMECON (2)

Methoden des kommunistischen Marktes

Die Untersuchung in KB Nr. 10 beschäftigte sich mit dem Ausbau des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und seiner Verwendung als Instrument der kommunistischen Wirtschaftsoffensive. In der heutigen Untersuchung sollen Tendenzen und Taktiken eines erstarkten Ostblockmarktes behandelt werden.

«Sozialistischer Weltmarkt»

Eine zukünftige kommunistische Hauptwaffe im Kampf gegen die freie Marktwirtschaft ist der sogenannte «Sozialistische Weltmarkt» mit fixen Preisen, langfristigen Verträgen und einer totalen Abschirmung gegenüber jedem Einfluss des Angebotes und der Nachfrage. Deshalb drängen die COMECON-Handelspartner auf den Abschluss langfristiger Handelsverträge, womit die Wirtschaft der westlichen Länder, wenn auch in loser Form, immerhin für mehrere Jahre gebunden werden kann. Als Grund wird die Eigenart der kommunistischen Planwirtschaft angeführt, die bereits im voraus festlegen will, welche Waren in der Zukunft ihr zur Verfügung stehen werden. Die wahren Zielsetzungen, nämlich die Einengung der Funktionen des freien Weltmarktes, werden in den meisten Fällen überhaupt nicht, oder nur nachträglich erkannt.

Dumping

Nach den östlichen Theoretikern soll dieser Sozialistische Weltmarkt auch auf die Preisbildung an den freien Weltmärkten einen zunehmenden Einfluss gewinnen. Diese Entwicklung hängt vor allem vom Anteil des Ostblocks an der industriellen Weltproduktion ab. Gegenwärtig liegt diese Beteiligung um die 30 Prozent, wenn sie aber 50 Prozent erreichen wird, so erhofft man, dass die kommunistischen Länder in der Lage sein werden, die Preisgestaltung der Weltmärkte in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Die Preispolitik ist nämlich die wichtigste Waffe, mit der man die Westwirtschaft ruinieren und eine latente Krise heraufbeschwören will. Ob zwar die zu erwartende östliche Wirtschaftsoffensive noch gar nicht eingesetzt hat, kann man aus den bisherigen Erfahrungen ungefähr voraussehen, mit welchen Methoden der Kampf ausgeführt wird. Das erste Wetterleuchten war bei der Oelindustrie zu vermerken, wo die Sowjetunion die cif-Preise in vielen Fällen mit 20 bis 25 Prozent unterboten hat, um die westlichen Gesellschaften von dem Markt zu verdrängen. Wenn die geplante Pipeline bis 1963, dank der westlichen Rohrlieferungen, termingerecht beendet werden sollte, so wird das billige sowjetische Erdöl auch in Europa seinen Einzug finden, parallel mit allen den zu erwartenden Folgen und Nebenerscheinungen. Aber auch auf anderen Gebieten, vor allem im Maschinenbau, wird die sowjetische Konkurrenz immer mehr spürbar. Laut neuesten Berichten sind die Sowjets im Textilmarkt von Singapur erheblich vorgedrungen, indem ihre Preise um 15 Prozent niedriger lagen als jene der Japaner (KB Nr. 16).

Diese Politik der Dumpingpreise erwies sich besonders in den Entwicklungsländern als äusserst erfolgreich, wo sie gleichzeitig auch mit einer geschickten Kreditpoli-

tik gekuppelt wird. Gegenüber den Weltbankkrediten mit einer Verzinsung von 6,25 Prozent, oder jener der westdeutschen von 5,25 Prozent, haben die sowjetischen Kredite von 2,5 Prozent eine grössere Anziehungskraft. Die Tatsache, dass dieser Vorteil oft mit anderen Massnahmen (Preispolitik, Qualität) einen für die UdSSR nicht ungünstigen Ausgleich findet, wird meistens nicht bekannt.

Nach politischem Bedarf

Natürlich ist die Sowjetunion auch interessiert für ihre Waren gute Preise zu erhalten und unterbietet deshalb nur dort die Preise, wo es aus politischen oder Konkurrenzgründen als nützlich erscheint. Diese Tendenz war bei ihrem Auftreten am Gold- oder Zinnmarkt klar erkennbar, wo sie alles unternommen hat, um die Weltmarktpreise nicht zu drücken.

Die Fragen der Wirtschaftlichkeit einer Dumpingpolitik spielen im Ostblock eine untergeordnete Rolle, sofern es sich um politische oder ideologische Ziele handelt. Uebrigens wissen die eigenen Wirtschaftsstellen selber nicht was wirtschaftlich oder unwirtschaftlich produziert wird, denn erst jetzt, nach 15 Jahren der Machtübernahme beginnt man in den Fachzeitschriften über das Problem der Rentabilität zu diskutieren, wobei offen zugegeben wird, dass bei den meisten Industrieprodukten die Entstehungskosten noch immer unbekannt sind.

Die Leidtragenden im Ostblock

Was die Sowjetunion betrifft, bedeuten für sie die Preisunterbietungen keine besonderen Verluste, da ihre führende Machtstellung im Ostblock es ermöglicht, die Kosten dieser Wirtschaftsoffensive auf die übrigen Mitgliedstaaten abzuwälzen. Das geschieht mit Hilfe einer entsprechenden Preispolitik, wobei die einzelnen Waren an den freien Märkten billiger angeboten werden, als die für die COMECON-Staaten berechneten Preissätze. Als Beispiel seien u. a. die folgenden Artikel zitiert:

Freier Markt	1957 sFr. pro Tonne	1958
Weizen	302	273
Sägeholz	137	131
Kohle	74	54
Traktoren, Stück	13 100	13 600
Ostblockstaaten	1957 sFr. pro Tonne	1958
Weizen	325	307
Sägeholz	176	169
Kohle	89	62
Traktoren, Stück	18 000	21 500

... und im Westen

Besonders nachteilig kann es sich für eine westliche Firma auswirken, wenn sie, von den meistens günstigen Anfangserfolgen ermutigt, von dem Osthandel abhängig wird. Als Beispiel kann diesbezüglich die verstaatlichte österreichische Stahlindustrie (ehemaliges deutsches Eigentum) betrachtet werden, die seit 1955 in Ausführung der sogenannten Ablösungslieferun-

gen fast ausschliesslich für den Ostblock, bzw. für die UdSSR gearbeitet hat. Nach Ablauf dieser Verpflichtungen (1960) stand diese Industrie vor den schwersten Absatzproblemen, was ferner auch noch damit kompliziert wurde, dass infolge des mehrjährig gesicherten Absatzes, viele solche technische und organisatorische Massnahmen, die im Falle eines ständigen Konkurrenzkampfes unvermeidlich gewesen wären, nicht durchgeführt worden sind. Es blieb nichts anderes übrig, als diese Lieferungen im Handelsvertrag einzubauen, wofür sich die Sowjetunion zwar bereit erklärt hat, aber zwang als Gegenleistung den Oesterreichern solche Importe (Oel, Weizen usw.) auf, die man eigentlich aus anderen Quellen beziehen wollte.

Meldungen von morgen

In der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kündigt sich die Tendenz einer strukturellen Aenderung zum Unionszentrismus an. Auffälligerweise folgen sich in der sowjetischen Presse die Untersuchungen über den föderativen Staat, dessen Befürwortung durch Lenin als rein vorübergehende Erscheinung dargestellt wird. Er habe die Rolle der Föderation nur als Mittel zur Lösung der Nationalitätenfrage und als Uebergangsform zur zentralistischen Republik gesehen. Lenin habe das Prinzip des demokratischen Zentralismus nie aufgegeben, sondern vielmehr als grundsätzliche Zielsetzung konsequent betont. In der Sowjetunion scheint die Lösung ausgegeben worden zu sein, den Gedanken vom Uebergangscharakter des föderativen Staates vertraut zu machen. Das ist als Vorbereitung auf die zentralistische Ära zu verstehen.

Die Regierung der SBZ beabsichtigt, ihre Drei-Meilen-Zone in der Ostsee auf zwölf Seemeilen auszudehnen. Das Institut für Wirtschafts- und Seerecht der Universität Rostock und die Schifffahrtsverwaltung im Verkehrsministerium wurden mit der Ausfertigung eines Gutachtens über Möglichkeit und Zeitpunkt einer Ausdehnung des Küstenmeeres beauftragt. (Die Sowjetunion und Polen haben für die Ostsee ebenfalls eine Zwölf-Meilen-Zone gefordert, aber bisher nicht offiziell erklärt.)

Will der Kreml für eine Aufhebung der Spannungen zwischen Jugoslawien und den Satellitenstaaten sorgen? Der jugoslawische Aussenminister Koca Popovic und der sowjetische Aussenminister Gromyko werden sich im Mai in Belgrad und Moskau offizielle Besuche abstaten.

Auf künftige Zusammenarbeit schweizerischer und jugoslawischer Firmen für Metallverarbeitung wies die Belgrader «Ekonsomska Politika» in einem Artikel hin, der sich mit vorbereiteten Gesprächen zwischen den interessierten Unternehmen befasste. Es handelt sich um die Herstellung von Präzisions- und Messgeräten, wozu der schweizerische Teil die Dokumentation, die technische Hilfe und alle nötigen Ausrüstungen liefern würde.

Beispiel Österreich

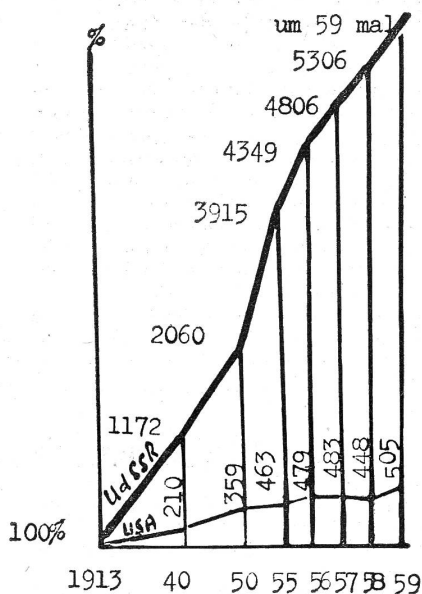
Der Fall Österreich gab seitdem auch über die politischen Tendenzen der sowjetischen Handelspolitik interessante Aufklärungen. Der Leiter der Abteilung für Handelspolitik und Aussenwirtschaft der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft wies in einer Erklärung bereits Anfang Januar dieses Jahres darauf hin, dass die Sowjets wiederholt Versuche unternommen haben in das Geschäft gewaltsam Personen oder Firmen einzuschalten, deren Mitwirkung völlig überflüssig ist, da die verschiedenen Transaktionen bisher auch ohne ihre Beteiligung reibungslos abgewickelt werden konnten. Ferner versucht man unter den verschiedensten Vorwänden gewisse Firmen aus dem Sowjethandel zu verdrängen und neue, von den Sowjets begünstigte Gesellschaften einzuschalten. Anderen Partnern werden unerwünschte Koppelgeschäfte mit Waren aufgedrängt, die sie nachher nur mühsam absetzen können.

Seitdem haben sich die Nachrichten über die Verpolitisierung des Handels seitens der Sowjetunion noch weiter vermehrt. Besonderes Aufsehen erregte der Versuch, den ganzen sowjetischen Oelimport zugunsten einer den österreichischen Kommunisten nahestehenden Firma zu monopolisieren. Der österreichischen Mineralölverwaltung, dem grössten Abnehmer des sowjetischen Erdöls, ist zwar noch gelungen, den überflüssigen Zwischenhändler auszuschalten, aber die in Frage stehende Firma konnte doch ein Monopol für den Vertrieb von Heizöl und Treibstoffen erwerben. Eine Ausnahme bilden nur jene Heizöle, die im Tauschgeschäft mit der Sowjetunion gegen Stahllieferungen von der staatlichen österreichischen Stahlgesellschaft (VOEST) bezogen werden. In österreichischen Kreisen befürchtet man, dass die Handelsbeziehungen mit Moskau zu der Finanzierung der schwach bemittelten Kommunistischen Partei missbraucht werden, da die bisher verteilten Monopole ihr ideologisch nahe stehenden Personen oder Firmen erteilt worden sind. Man erinnert sich noch gut, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die finanziellen Grundlagen der neu errichteten ungarischen KP ebenfalls mit Hilfe einer Aussenhandelsgesellschaft, der «West-Orient» geschaffen worden sind.

Verzögerung heisst nicht Verzicht

Noch sei vermerkt, dass die grossen Zielsetzungen der verschiedenen Sieben- und Fünfjahrespläne der Ostblockstaaten voraussichtlich nicht termingerecht abgeschlossen werden. Als Grund können jene zahlreichen Unzulänglichkeiten angegeben werden, von denen die östlichen Fachquellen selber laufend berichten. Wenn es sich aber auch um eine zeitliche Verschiebung handeln wird, so darf man deshalb das Endziel nicht als gescheitert betrachten und glauben, die östliche Konkurrenz werde in ihren Auswirkungen weniger gefährlich sein. Besonders gilt das für die chemischen und mit ihr verbundenen Industrien, für deren Ausbau die grössten Anstrengungen gemacht werden. Eine hervorragende Rolle in diesem Programm spielt die pharmazeutische Industrie, über deren Ausbau und die Bemühungen der einzelnen östlichen Aussenhandelsgesellschaften mit diesen Erzeugnissen an den überseeischen Märkten Fuss zu fassen, man ständig Berichte lesen kann.

Zunahme der Industrie-
Produktion: UdSSR - USA.



Wirtschaft

USA-UdSSR Die Prozente

Beim Produktionsvergleich mit kapitalistischen Ländern sind im Ostblock Gegenüberstellungen von absoluten Produktionsziffern (mit prozentualen Anteil an der gesamten Weltproduktion, wie in KB Nr. 14).

Viel häufiger finden sich Wachstumsvergleiche, wobei als Ausgangspunkt die natürlich grundverschiedene Produktionsstufe eines «kapitalistischen» und eines «sozialistischen» Staates zu Beginn der Revolution dient. Am häufigsten wird in der Sowjetunion dieser Wachstumsvergleich mit den USA gezogen, die zu Anfang des Jahrhunderts schon industrialisiert waren, während die UdSSR praktisch vom Nullpunkt ausging und damit eine ganz andere Wachstumsrate der Produktion aufweisen konnte. Bemerkenswert ist nun, dass sich China derselben arbiträren Vergleiche bedient, um seine Fortschritte gegenüber der Sowjetunion zu dokumentieren.

Unser Beispiel, nach einer Darstellung der «Sowjetskaja Moldawja» gezeichnet, wäre an sich auch so noch eindrucklich genug. Allerdings ist zu sagen, dass die gesamte Industrie-Erzeugung eines Landes, die so grundverschiedene Komponenten enthält wie Stahlprodukte oder Nahrungskonserve, nur schwer zum Vergleich mit der Totalproduktion eines anderen Staates herangezogen werden kann. Ohne dass die Zahlen direkt gefälscht sein müssen (immerhin fehlen Belege, und Chruschtschew gab Fälschungen zu), wären sie doch mit der Zunahme der einzelnen Produkte zu vergleichen, wenn sie wirklich schlüssig sein sollen.

Die in verschiedenen Sprachen erscheinende aussenpolitische sowjetische Wochenzeitschrift «Neue Zeit» bringt in ihrer letzten Nummer als eine Biographie der Woche den Lebenslauf unseres neuen Botschafters in Moskau, Max Troendle.

Sowjetunion Gefälschte Erfolgsmeldungen

Schon vor dem letzten «landwirtschaftlichen» Parteiplenum im Januar wurde von zahlreichen Fällen berichtet, in welchen die Leiter der landwirtschaftlichen Betriebe in ihren Berichten über die Produktionsleistungen falsche Angaben machten. Zum Teil durch einfache Fälschungen der Produktionszahlen, oder durch Deklaration der in den staatlichen Geschäften gekauften Produkte als eigene Produktion. Die gleichen Mengen von landwirtschaftlichen Produkten wurden dadurch in den statistischen Berichten doppelt oder sogar dreifach angeführt.

Die entsprechenden Betriebsleiter und die Bezirksparteifunktionäre, die diese Machenschaften gedeckt haben, wurden desavouiert und bestraft, weil sie auf diese Weise zu Ehren und zu Geldprämien kamen. Am Parteiplenum wurde es klar, dass die Fälschungen in den Produktionsberichten über die landwirtschaftlichen Produkte einen viel grösseren Umfang haben. Es wurde zugegeben, dass ganze Gebiete, bzw. ihre Wirtschafts- und Parteileiter gefälschte Erfolgsmeldungen fabrizierten, während die landwirtschaftliche Produktion in Wirklichkeit sogar zurückging.

Nach der Massregelung der verantwortlichen Parteifunktionäre in den Gebieten von Rjansanji, Brjansk, Tscheljabinsk und Pawlodar, wird jetzt über ähnliche Fälschungen sogar im republikanischen Massstab gemeldet. Unter der Leitung von Parteipräsidentenmitglied F. Koslow fand kürzlich das republikanische Parteiplenum von Tadschikistan statt, an welchem die Fälschungen der Produktionsberichte dieser Republik festgestellt wurden. Es handelt sich in erster Linie um die Baumwollproduktion, aber auch um andere landwirtschaftliche Produkte.

Während die Republik seit 3 Jahren ihre Produktionspläne nicht erfüllte, meldete man die Ueberfüllung der Planziffern. Die Berichte über dieses Plenum geben ein Bild der Misswirtschaft auf dem Gebiete der Baumwollproduktion: der Gesamtertrag nahm in den letzten Jahren nur unwesentlich zu, der Ernteertrag nahm aber stark ab; etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Maschinen wurde nicht eingesetzt; die Samenzucht wurde vernachlässigt; die Viehzucht der Republik erfüllt den Plan nicht.

Wegen Schwindel und «Betrug an Partei und Regierung» wurden die höchsten Partei- und Regierungsfunktionäre der Republik ihrer Posten entbunden und aus der Partei ausgestossen: T. Uldschabajew (siehe Curriculum) — 1. Parteisekretär des ZK Tadschikistans, P. Obnosow — 2. Parteisekretär der Republik, N. Dodchudjew — Ministerpräsident der Republik, B. Dodabajew — sein Stellvertreter u.a.m. T. Uldschabajew ist auch aus der Revisorenkommission der KPdSU ausgeschlossen worden.

«Prawda» erklärt diese Vergehen mit dem Karrierismus der betreffenden Personen und erwähnt die unrühmliche Rolle der republikanischen Staatsanwaltschaft, der statistischen Verwaltung und der Kontrollkommission.

Die Entdeckung dieser Fälschungen, jetzt schon im republikanischen Massstab be-